



Kassel, 16. Juni 2023 | Ausgabe Nr. 131

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedeutet zugleich einen schweren Schlag gegen die Sicherheitsordnung in Europa, die wir nach dem Ende der Blockkonfrontation mühsam aufgebaut haben. Umso wichtiger ist nun, dass wir unsere Sicherheit gemeinsam mit unseren internationalen Partner*innen auf eine neue Grundlage stellen. In dieser Woche berieten wir im Bundestag deshalb die Nationale Sicherheitsstrategie, die von der Bundesregierung unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteur*innen im In- und Ausland sowie einer

Vielzahl an Bürger*innen erarbeitet wurde. Uns geht es dabei vor allem um eine Politik der integrierten Sicherheit. Das bedeutet: alle relevanten sicherheitspolitischen Akteur*innen, Mittel und Instrumente sollen künftig ineinandergreifen, um aktuellen wie künftigen Herausforderungen nach innen und außen besser begegnen zu können. Zugleich wollen wir mit der Nationalen Sicherheitsstrategie eine gesellschaftliche Debatte darüber anstoßen, wie wir unsere Sicherheit künftig gewährleisten wollen.

Recht auf Asyl

Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut – das steht nicht nur in unserem Grundgesetz, sondern es ist für uns Sozialdemokrat*innen auch nicht verhandelbar. Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen müssen, werden wir schützen. Deshalb beschäftigt uns auch die erzielte Einigung der EU-Innenminister*innen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

In den letzten Jahren hat sich leider zu deutlich gezeigt, dass die europäische Asylpolitik nicht mehr in der Lage ist, die aktuelle Situation zu bewältigen. Weder die Situation an den Außengrenzen, das Sterben im Mittelmeer oder die Weigerung einiger Mitgliedstaaten, ihren solidarischen

Beitrag bei der Aufnahme der Geflüchteten zu leisten, sind noch länger ertragbar. Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg, dass nach jahrelangen Blockaden ein EU-weiter Kompromiss erzielt werden konnte – denn Migration muss in Europa besser und effektiver geordnet und gesteuert werden. An dem Recht auf Asyl wird dabei nicht gerüttelt.

Mit dem gefundenen Kompromiss werden offene Binnengrenzen und ein menschenrechtsbasiertes Asylsystem sichergestellt, mit Instrumenten, die Ordnung und Fairness in den Verfahren herstellen. Es ist verständlich, dass es viel Diskussionsbedarf zu den erzielten Ergebnissen gibt – es ist aber auch nicht überraschend, dass bei 27 EU-Mitgliedstaaten nicht alle unsere Vorstellungen durchgesetzt werden konnten.

Unbegleitete Kinder und Jugendliche können direkt in die EU einreisen

Bundesinnenministerin Nancy Faeser konnte aber einen uns wichtigen Punkt durchsetzen: Unbegleitete Kinder und Jugendliche können direkt in die EU einreisen und kommen nicht in die Grenzverfahren. Wir werden nun die weiteren Verhandlungen im EU-Parlament unterstützen, damit das auch für die Kinder und Jugendlichen gilt, die in Begleitung ihrer Eltern sind.

Euer





Wärmewende - Gebäudeenergiegesetz

Klimaneutral heizen

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen! Die Menschen wünschen sich Klarheit und Planungssicherheit, wie es in der Heizungsfrage weitergeht. Deswegen wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung am Donnerstag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir werden im Parlament dafür sorgen, dass der Umstieg auf klimaneutrales Heizen in den nächsten 20 Jahren für alle möglich ist und niemand überfordert wird.

Worum geht es?

Im Jahr 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral wirtschaften und leben. Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll den Weg für mehr klimaneutrale Heizungen ebnen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass künftig möglichst jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden soll.

Wir Ampelfraktionen haben uns auf folgende Verbesserungen geeinigt, die im parlamentarischen Verfahren umgesetzt werden sollen:

1 Mehr Zeit für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen in bestehenden Gebäuden durch eine enge Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung: Die Vorgaben zum Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme sollen von 2024 an zunächst vor allem in Neubaugebieten gelten. In bestehenden Gebäuden sollen die Vorgaben im Wesentlichen erst später wirksam werden - nämlich erst dann, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Dadurch eröffnen wir mehr Haushalten die Chance, sich in Zukunft an klimafreundliche Fernwärme anschließen zu lassen.

2 Wir werden Investitionen in neue Heizungen breit fördern. Die Förderung wird aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert und soll

möglichst passgenau die einzelnen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigen. Wir wollen niemanden zu etwas verpflichten, das in der jeweiligen Lebenslage nicht leistbar ist.

3 Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme werden alle Optionen gleichwertig behandelt - Hauptsache klimafreundlich! Dazu gehört auch die Möglichkeit, mit Holz und Pellets zu heizen.

4 Wir wollen Mieter*innen schützen, damit sie nicht über Gebühr belastet werden. Vermieter*innen sollen Anreize haben, in moderne Heizungssysteme zu investieren.

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

Darauf haben wir uns in der Ampel geeinigt:



Mehr Zeit für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen in bestehenden Gebäuden durch enge Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung.



Passgenaue Förderung, die die verschiedenen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigt. Wir wollen niemanden zu etwas verpflichten, das in der jeweiligen Lebenslage nicht leistbar ist.



Offenheit für verschiedene Technologien - Hauptsächlich klimafreundlich. Das gilt auch für Holz und Pellets.



Mieter:innen schützen vor übermäßigen Belastungen.

Der 17. Juni 1953

70 Jahre Volksaufstand

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war bis 1989 das bedeutendste Ereignis in der Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR. Der 1952 von der SED begonnene „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ führte zu wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, Versorgungsengpässen und wachsender Unzufriedenheit und schließlich im Juni 1953 zu landesweiten Streiks und Protesten.

Diese gipfelten am 17. Juni 1953 in einem Volksaufstand, an dem eine Millionen Menschen aktiv teilnahmen. Dieser Aufstand symbolisierte den langjährigen Kampf vieler DDR-Bürger*innen für Freiheit, Demokratie und gegen Diktatur. Das SED-Regime schlug ihn mit Hilfe von sowjetischen Streitkräften brutal nieder. Es gab zahlreiche Tote, eine Repressionswelle folgte.

Wir Koalitionsfraktionen brachten anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag ein. In diesem wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ebenso gewürdigt wie die Arbeit der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ und der Opferverbände.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung, den Härtefallfonds für SED-Opfer zeitnah einzurichten, die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und der Geschichte von Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR zu stärken und sich für die Umsetzung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Herrschaft einzusetzen. Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg solle zu einem Campus für Demokratie entwickelt werden und die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv weiter unterstützt werden.



**DER 17. JUNI IST SYMBOL DES
LANGJÄHRIGEN KAMPFES VIELER
DDR-BÜRGER*INNEN FÜR FREIHEIT,
DEMOKRATIE UND GEGEN DIKTATUR.**



Auf einen Blick

Sicherheits- & Außenpolitik

Nationale Sicherheitsstrategie erstmals beschlossen

Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel darauf verständigt, erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie zu beschließen. Sie wurde am Mittwoch im Kabinett beschlossen und am Donnerstag im Plenum debatiert. Die Nationale Sicherheitsstrategie definiert Sicherheitspolitik umfassend. Sie soll Orientierung geben bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen, um aktuellen wie künftigen Herausforderungen nach innen und außen besser begegnen zu können. Dafür begründet die Nationale Sicherheitsstrategie eine Politik der integrierten Sicherheit. Darunter verstehen wir das Zusammenwirken aller relevanten Akteur*innen, Mittel und Instrumente, durch deren Ineinandergreifen die Sicherheit unseres Landes umfassend erhalten und gegen Bedrohungen von außen gestärkt wird.

Die Sicherheitsstrategie wurde unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteur*innen im In- und Ausland sowie einer Vielzahl an Bürger*innen erarbeitet. Ihre Veröffentlichung soll Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Debatte darüber sein, wie wir unsere Sicherheit künftig gewährleisten wollen.

Jahresabrüstungsbericht 2022

2022 – ein Jahr des Rückschlags, so überschreibt die Bundesregierung ihren Bericht über den Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale für das Jahr 2022 (Jahresabrüstungsbericht 2022). Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die internationale Friedensordnung und die über Jahrzehnte gewachsene konventionelle und nukleare Rüstungskontrolle in Europa schwer beschädigt. Auch russische Cyberattacken und Desinformationskampagnen in nie dagewesenem Umfang haben Frieden und Sicherheit weit über Europa hinaus gefährdet. All das bedeutet einen historischen Vertrauensverlust gegenüber Russland, der künftig alle Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung überschatten wird.

Für ein Mindestmaß an Sicherheit bedarf es umso dringender einer Verminderung von Risiken und Ver-

meidung unbeabsichtigter Eskalation. Dafür werden künftig u.a. Kommunikationskanäle, Verhaltensregeln zur Vermeidung von Zwischenfällen oder Transparenzmaßnahmen zu Truppenbewegungen äußerst wichtig sein. Auch bedarf es neuer Impulse für die nukleare Nichtverbreitung, sowohl aufgrund geäußelter russischer Drohungen als auch vor dem Hintergrund der iranischen und nordkoreanischen Nuklearprogramme und des wachsenden chinesischen Nuklearwaffenarsenals. Den Bericht der Bundesregierung bieten wir in dieser Woche im Plenum.

Stabilität in Bosnien und Herzegowina sichern (EUFOR ALTHEA)

Nach den Wahlen im Oktober 2022 und der anschließenden Konstituierung von Parlament und Regierung besteht Hoffnung auf eine nachhaltige Stabilisierung und Demokratisierung von Bosnien und Herzegowina. Im Dezember 2022 erhielt das Land den EU-Kandidatenstatus. Maßgeblich für den weiteren EU-Beitrittsprozess bleibt jedoch die Umsetzung dringend notwendiger Reformen. Nach wie vor werden Nationalismen, ethnische Trennlinien und Sezessionsandrohungen eingesetzt, um eine Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen zu blockieren. Dies erschwert den allgemeinen Fortschritt des Landes und damit den Weg in eine bessere Zukunft für die Menschen in Bosnien und Herzegowina.

Aus diesen Gründen bleibt die Operation EUFOR (European Forces) ALTHEA, an welcher sich die Deutsche Bundeswehr nach zehnjähriger Pause seit 2022 wieder beteiligt, aus Sicht der Bundesregierung als Ergänzung zur Unterstützung im zivilen Bereich und Garant für Stabilität essenziell und weiterhin geboten. Wir bieten in dieser Woche über den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung der Bundeswehr an der EU-geführten Sicherheitsoperation in Bosnien und Herzegowina fortzusetzen.

Zentrale Aufgaben von EUFOR ALTHEA sind die Wahrung eines sicheren Umfeldes, die Unterstützung bei der Einhaltung und Umsetzung des Dayton-Friedens-

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



Auf einen Blick

Sicherheits- & Außenpolitik

abkommens sowie die Unterstützung und Koordinierung der Ausbildung der bosnischen Streitkräfte. Der deutsche Beitrag zu EUFOR ALTHEA ist auf den Betrieb von zwei Häusern der Verbindungs- und Beobachtungsteams und auf Personal zur Unterstützung des Stabs im Hauptquartier ausgerichtet.

Das Mandat ist bis Ende Juni 2024 befristet und sieht wie bisher die Entsendung von bis zu 50 Soldat*innen vor. Die Kosten belaufen sich nach Angaben der Bundesregierung auf rund 9,1 Millionen Euro.

Verlängerung des Bundeswehreinsetzes UNIFIL im Libanon

Seit 2006 engagiert sich die Bundeswehr im Rahmen der UNIFIL-Mission (United Nations Interim Force in Lebanon) der Vereinten Nationen im Libanon. Ziel des Einsatzes ist, die libanesischen Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen zu unterstützen und den Waffenschmuggel über See zu verhindern. Deutschland stellt hierfür Schiffe und Personal bereit und bildet Soldat*innen der libanesischen Marine aus. Mit einem Antrag der Bundesregierung, der diese Woche eingebracht wurde, soll das Mandat um ein Jahr verlängert werden. Die personelle Obergrenze liegt weiterhin bei 300 Soldat*innen.

Im vergangenen Mandatszeitraum hat das politische Vakuum und der Zerfall der staatlichen Strukturen, auch der Sicherheitskräfte, im Libanon weiter zugenommen. Seit November 2022 ist der Libanon ohne Staatspräsidenten, die Regierung ist nur geschäftsführend im Amt. Das hohe Spannungsniveau an der „Blauen Linie“, der Demarkationslinie zwischen Israel und Libanon besteht weiterhin. Auch der Krieg in Syrien wirkt in den Libanon hinein: 1,5 Millionen syrische Geflüchtete leben im Libanon. UNIFIL bleibt so im fragilen sicherheitspolitischen Umfeld und der sich verschärfenden Staats- und Wirtschaftskrise des Libanon ein wesentliches stabilisierendes Element.

Nordmazedonien auf dem Weg in die EU unterstützen

2023 ist ein entscheidendes Jahr für die europäische Zukunft Nordmazedoniens. Seit 2005 ist das im September 1991 unabhängig gewordene Land offizieller EU-Beitrittskandidat. Nordmazedonien ist in den letzten beiden Jahrzehnten durch verschiedene Phasen gegangen, in denen teilweise die klare Orientierung auf eine Annäherung an die EU und ihre Werte verloren zu gehen drohte. In den letzten Jahren kehrte das Land zu einem realistischen und ambitionierten euroatlantischen Kurs und Reformprozess zurück.

Bilaterale Konflikte zunächst mit Griechenland führten jedoch zu Blockaden des Erweiterungsprozesses. Die erste EU-Beitrittskonferenz mit Nordmazedonien fand erst am 19. Juli 2022 statt. Gegenwärtig ist der tatsächliche Verhandlungsbeginn auf Betreiben Bulgariens mit der Bedingung verknüpft, dass die bulgarische Bevölkerungsgruppe Aufnahme in die Verfassung Nordmazedoniens findet.

Trotz allem bleibt überragendes politisches Ziel Nordmazedoniens der Beitritt zur EU. Wir Ampelfraktionen unterstützen dieses Anliegen mit einem Antrag, der in dieser Woche im Plenum verabschiedet wurde. Der EU-Beitritt des Landes ist im beiderseitigen Interesse, und Fortschritte auf diesem Weg werden eine weitreichende Symbolwirkung für die weiteren Staaten des Westbalkans haben.

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, die Republik Nordmazedonien zu der Verfassungsänderung zu ermutigen, um damit die Voraussetzungen für den nächsten Schritt im Beitrittsprozess zu schaffen. Gleichzeitig soll Bulgarien aufgerufen werden, den Weg Nordmazedoniens in die EU zu unterstützen und von weiteren Bedingungen abzusehen. Bilateral und auf EU-Ebene soll die Bundesregierung für den Beitritt werben. In Nordmazedonien sollen weiterhin Reformprozesse und Dialogmaßnahmen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterstützt und kulturelle und bildungspolitische Programme ausgeweitet werden.



Aus der Presse: Tagesspiegel | 14. Juni 2023

Im Portrait

Heizungsaustausch und PV-Anlagen – beides soll helfen, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Timon Gremmels diskutiert als Mitglied des Bundestag-Ausschusses für Energie und Klima ganz vorne mit. Trotz der Herausforderungen in Sachen Klimaschutz bleibt er dabei optimistisch.

Seit 2017 ist Timon Gremmels (SPD) Bundestagsabgeordneter für Kassel und Region, während der derzeitigen Legislaturperiode ist er Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Während des Interviews ist er unterwegs, von einem Treffen mit dem VW Werk Baunatal zu einer Kreistagssitzung in Kassel.

Seine Aufgabe sei es, „das Leben der Menschen ein Stück weit besser zu machen“, beginnt er das Gespräch. Das Leben besser machen – vor allem aber dafür zu sorgen, dass die kommenden Generationen eine Zukunft haben. Was es dafür braucht? Klimaschutz und die Energiewende, so Gremmels. Politisch sozialisiert wurde Grem-

mels, der schon zu Schulzeiten in die SPD eintrat, mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Da war er zehn Jahre alt.

„Wegen der Strahlenbelastung durfte nicht draußen spielen und musste dreimal am Tag duschen“, erinnert er sich. Auch deshalb war der 15. April, als die letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet wurden, ein wichtiger Tag für ihn. „Inhaltlich fällt es mir leicht, dem Gegenwind vonseiten der AfD oder CDU bei diesem Thema gegenzuhalten“, so

Gremmels. „Wir haben das Problem mit der Endlagerung, auch Brennstäbe in Atomkraftwerken kommen teilweise aus Russland, und wir haben gute Alternativen“, führt er aus.

Bislang werden rund 50 Prozent der Stromenergie aus erneuerbaren Energien gewonnen. Besonders Photovoltaikanlagen sollen in den nächsten Jahren noch stark ausgebaut werden, so Gremmels. Bis 2025 soll der jährliche Zubau von derzeit sieben Gigawatt (GW) Leistung auf 22 GW steigen. Wenn Gremmels heute ein Klimaschutzgesetz verabschieden dürfte, stünden auch dort Photovoltaik-

anlagen im Fokus. „Bei allen neuen Nichtwohnhäusern, also Industriegebäuden, Lagerhallen oder Supermärkten sollten Photovoltaikanlagen angebracht werden.“

„KEINER MUSS ANGST HABEN, DASS HABECK DIE HEIZUNG AUSBAUEN WILL.“

Derzeit liegt sein Schwerpunkt aber auf der Wärmewende, das umstrittene Gebäudeenergiegesetz verhandelt Gremmels für die SPD maßgeblich mit. „Der Austausch von Heizungen zu welchen, die aus erneuerbaren Energien gespeist werden, ist ein Generationenprojekt“, sagt Gremmels. Es sei deshalb wichtig, schon jetzt mit dem Einbau von neuen Heizungen, die zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien gespeist werden, zu beginnen, so Gremmels. „Der Eindruck, der entstanden ist, dass noch funktionierende Heizungen aus den Häusern gerissen werden, ist falsch. Keiner muss Angst haben, dass morgen Robert Habeck vor der Tür steht und die Heizung ausbauen will“, sagt Gremmels.

Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. „Wärmepumpen sind dabei aber nicht die einzigen Lösungen. Auch der nahezu ausschließliche All-Electric-Ansatz, der unter dem ehemaligen Staatssekretär Graichen bisher im Bundeswirtschaftsministerium herrschte, griff zu

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>





kurz. Die Wärmewende braucht auch Moleküle“, sagt Gremmels. Ein Dreiklang aus Ordnungsrecht, also neuen Klimaschutzgesetzen, unabhängiger Beratung und einer ordentlichen Förderung von Klimaschutzmaßnahmen sei notwendig, um die Klimaneutralität zu erreichen, so Gremmels.

Weltuntergangsstimmung ist der falsche Politik-Ansatz

Timon Gremmels pendelt zwischen Kassel und Berlin, wenn es geht mit dem Zug, sagt er. Das neu eingeführte 49-Euro-Ticket bezeichnet er als eine der größten verkehrspolitischen Revolutionen seit langer Zeit. Auch er ärgert sich zwar manchmal über die Deutsche Bahn, gibt er zu, aber schon zu Studienzeiten habe er das Pendeln gelernt: „In der Zeit im Zug zwischen Kassel und Marburg, wo ich Politikwissenschaften studiert habe, habe ich mich auf meine Vorlesungen und Seminare vorbereitet“, erzählt Gremmels.

Der Klimabewegung „Fridays For Future“ ist Gremmels dankbar. „Ich bin mir sicher, dass es ohne sie in der Großen Koalition nicht zu so einem scharfen Klimaschutzgesetz gekommen wäre“, sagt er. Die „Letzte Generation“ hingegen sieht er kritisch. „Das Grundgesetzdenkmal mit Farbe zu beschmieren ist kein legitimer Protest“, findet Gremmels. Durch die Blockaden der Letzten Generation sinke die Unterstützung in Sachen Klimaschutz in vielen Teilen der Bevölkerung, befürchtet Gremmels.

Doch insgesamt hält sich der 47-Jährige optimistisch. „Ich bin positiv eingestellt. Weltuntergangsstimmung und Angstmake halte ich für den falschen Ansatz, um Politik zu gestalten“, so Gremmels. Und dann muss er weiter. Timon Gremmels ist an seinem Büro angekommen, steigt aus dem E-Auto. Nach der nächsten Sitzung geht es noch nach Berlin, diesmal mit dem Zug.

Wer rettet das Klima – die Politik oder die/der Einzelne?

Die Klimarettung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und ausreichend Geld für die notwendigen Förderprogramme zur Verfügung stellen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die Lage versetzt werden, ihren individuellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Auf welchen Flug würden Sie nie verzichten?

Nach Santiago de Chile zu meinen Schwiegereltern

Wer in der Energie- und Klimawelt hat Sie beeindruckt?

Der SPD Politiker und Träger des Alternativen Nobelpreises Hermann Scheer sowie Günther Cramer, einer der drei Gründer der SMA Solar-Technology AG. Mit beiden habe ich eng zusammenarbeiten dürfen. Sie prägen mich bis heute.

Welche Idee gibt der Energiewende neuen Schwung?

Mit Bürgerenergiegesellschaften, Mieterstromprojekten, echtem Energiesharing und entbürokratisierter Balkonsolar, die Energieerzeugung demokratisieren. Wir alle sind Energiewende!

(Artikel: Maja Goertz)





Bundesmittel aus dem Zukunftsprogramm für Bewegung, Kultur und Gesundheit

Sozialer Friedensdienst Kassel e.V., Jumpers und Bunte Wege erhalten insgesamt 129.696 Euro

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert jeweils ein Kinder- und Jugendprojekt von Sozialer Friedensdienst Kassel e.V., Jumpers und Bunte Wege aus dem Zukunftsprogramm für Bewegung, Kultur und Gesundheit. Ich freue mich, dass nach den Projekten des 1. Mädchenhaus Kassel und dem AKGG drei weitere Projekte aus meinem Wahlkreis gefördert werden. Insgesamt werden die fünf Projekte mit rund 245.000 Euro unterstützt.

Das Projekt „Geschichte(n) GESTALTER*innen“ des Sozialen Friedensdienst Kassel e.V. erhält eine Förderung von 55.706,17 Euro. Jumpers-Jugend mit Perspektive erhält für das Projekt „Sportplatz Revival“ eine Förderung in Höhe von 20.990,95 Euro und das Projekt „SubaLi Wanderkino 2023“ wird mit 53.045,25 Euro Bundesmittel gefördert.

Mit dem Zukunftspaket trägt das BMFSFJ dazu bei, die Lage junger Menschen in den aktuellen Krisenzeiten mittels Bewegung, durch Kulturangebote und Maßnahmen für die körperliche und seelische Gesundheit zu verbessern. Das

Programm setzt dort an, wo wir Kinder und Jugendliche am besten erreichen und wo wir ihnen besonders gut zuhören müssen: vor Ort in ihren Lebenswelten.

Junge Menschen, die eine Projektidee haben, können gemeinsam mit einem Träger ihrer Wahl einen Förderantrag stellen. Kinder und Jugendliche können noch bis zum 15. September Projektanträge stellen.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm:
www.das-zukunftspaket.de

Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



KulturPass für 18-Jährige

Startschuss für den KulturPass – der ersten bundesweiten App für Kulturerlebnisse



Der KulturPass bietet allen jungen Menschen, die 2023 ihren 18. Geburtstag feiern, ein Budget von 200 Euro für kulturelle Angebote. Ab heute können junge Menschen ihr Budget in der App freischalten und die Angebote nutzen.

Die KulturPass-App steht seit dem 14.06.2023 für iOS und Android in den entsprechenden App-Stores kostenfrei zur Verfügung. Für die Freischaltung des Budgets müssen in der App Alter und Wohnort in Deutschland per Online-Ausweis (deutsche Staatsangehörige), eID-Karte (EU-Staatsangehörige) oder elektronischem Aufenthaltstitel (Drittstaatsangehörige) nachgewiesen werden.

Unterstützung hierbei bieten die Webseite www.kulturpass.de und die Kontaktmöglichkeiten in der App.

Mit dem KulturPass unterstützt die Bundesregierung junge Menschen in Deutschland dabei, Kultur vor Ort zu erleben und die Vielfalt der Kultur in allen Regionen Deutschlands zu entdecken. Gleichzeitig werden durch den KulturPass die vielen lokalen Kulturanbietenden gestärkt, die weiterhin unter den Nachwirkungen der Corona-Pandemie leiden.

Dafür stellt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in diesem Jahr 100 Millionen Euro zur Verfügung. Der KulturPass startet 2023 als Pilotprojekt. Bei erfolgreichem Verlauf soll das Programm fortgesetzt und weiterentwickelt werden.



KURZ NOTIERT

1 Schneller Bauen durch digitalisierte Verfahren

Wir berieten in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften wie Vereinfachungen beim Wiederaufbau im Katastrophenfall, Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht oder des Bedarfs zur Unterbringung von Geflüchteten. Der Entwurf ist Teil des Maßnahmenpakets zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung. Ziel ist es, das Beteiligungsverfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen zu modernisieren und zu beschleunigen. So soll künftig das digitale Beteiligungsverfahren als Regelverfahren für die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie für die Beteiligung der Behörden gelten.

Vorgesehen ist außerdem, dass in bestimmten Fällen eine erneute Veröffentlichung und Einholung von Stellungnahmen bei Planänderungen oder -ergänzungen unterbleiben kann. Bei erneuter Beteiligung soll im Hinblick auf mögliche Auswirkungen von Planänderungen oder -ergänzungen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Die Kommunen sollen in diesem Fall die Dauer der Veröffentlichungsfrist im Internet und die Frist zur Stellungnahme angemessen verkürzen. Werden die Grundzüge der Planung nicht berührt, sollen die Städte und Gemeinden künftig nur noch die von einer Änderung oder Ergänzung betroffenen Teile der Öffentlichkeit und berührte Behörden und sonstige Träger*innen öffentlicher Belange beteiligen – es sei denn, diese Beschränkung führt nach Einschätzung der Kommune zu einer längeren Verfahrensdauer. Die bisherigen „Kann-Regelungen“ sollen laut Entwurf damit in „Soll-Regelungen“ geändert werden. Die Bauleitplanverfahren sollen auch dadurch beschleunigt werden, indem die Fristen zur Genehmigung bestimmter Bauleitpläne von drei Monaten auf einen Monat verkürzt werden.

Im Katastrophenfall können die Länder Wiederaufbaugebiete definieren, in denen bestimmte Ausnahmen vom

Baugesetzbuch und den auf Grund des Baugesetzbuchs erlassenen Vorschriften gelten. So sollen die Resilienz von Siedlungen erhöht und die Auswirkungen der Katastrophe auf die Bausubstanz möglichst schnell bewältigt werden. Anlass der Regelung ist das Hochwasser im Ahrtal, das zu verheerenden Zerstörungen ganzer Orte und Straßenzüge geführt hat. Die Vorschrift beschränkt sich aber nicht auf Hochwasserkatastrophen, sondern umfasst alle denkbaren Katastrophenfälle wie insbesondere Natur- und Umweltkatastrophen. Es wird erwartet, dass diese aufgrund des Klimawandels häufiger und deren Auswirkungen gravierender werden.

Eine weitere notwendige Veränderung betrifft die Unterbringung von Geflüchteten, die die Kommunen vor große Herausforderungen stellt. Die Zahl der in Deutschland Schutzsuchenden ist durch den Angriff Russlands auf die Ukraine nochmals stark angestiegen. Darauf haben wir bereits im Jahr 2021 reagiert und die 2015/2016 erlassenen Sonderregelungen für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften reaktiviert, befristet bis 31. Dezember 2024. Um die Kommunen auch zukünftig zu entlasten, soll die Bereitstellung der Unterkünfte für einen längeren Zeitraum erleichtert möglich sein. Daher werden die Sonderregeln um weitere drei Jahre bis zum 31. Dezember 2027 verlängert.

2 Änderung des EU-Direktwahlaktes

Wir berieten in dieser Woche abschließend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Beschluss des Rates der EU vom 13. Juli 2018 zur Änderung des Direktwahlakts. Die Änderung verpflichtet die großen Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, zukünftig eine Sperrklausel von mindestens zwei Prozent bei der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) einzuführen. Der Gesetzentwurf muss mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag und außerdem im Bundesrat angenommen werden. Eine Mindesthürde gab es seit 2011 aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts und mangels europarechtlicher Vorgaben nicht mehr.

Wann die Sperrklausel hierzulande in Kraft tritt, ist derzeit allerdings noch nicht absehbar. Denn damit der geänderte Direktwahlakt überhaupt in Kraft treten kann, ist die Zustimmung aller Mitgliedstaaten nötig. Was bisher feststeht: Bei der nächsten Wahl zum EP 2024 bleibt es bei der aktuellen Rechtslage ohne Mindesthürde, da Zypern und Spanien gegenwärtig noch nicht zugestimmt haben. Inzwischen liegen bereits weitreichendere Reformvorschläge des EP

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



KURZ NOTIERT

vor, die insbesondere die Einführung sogenannter „transnationaler Listen“ vorsehen. Dieses Vorhaben haben wir Ampelfraktionen mit einem Antrag unterstützt, den wir in der letzten Sitzungswoche verabschiedet haben.

3 EU-weite Rechte von entsandten Kraftfahrer*innen durchsetzen

Im EU-Ausland angestellte LKW- oder Busfahrer*innen, die Güter oder Fahrgäste durch oder innerhalb von Deutschland befördern, unterliegen dem sogenannten Entsenderecht. Für sie gelten bestimmte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Die EU hat mit der 2020 in Kraft getretenen Straßenverkehrsrichtlinie Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Arbeitnehmerrechte für entsandte Fahrer*innen besser durchzusetzen.

Konkret ist vorgesehen, eine Meldepflicht für im EU-Ausland ansässige Arbeitgebende einzuführen. Sie sollen digital über das sogenannte Binnenmarkt-Informationssystem registriert werden. Um zu überprüfen, ob die Rechte von Beschäftigten eingehalten werden, müssen Arbeitgebende ihren Fahrer*innen bestimmte Unterlagen zur Verfügung stellen, die diese dem Zoll auf Verlangen vorzulegen haben – darunter Gehaltsnachweise, Arbeitsverträge und Aufzeichnungen des Fahrtenschreibers. Wenn Arbeitgebende gegen diese Vorschriften verstoßen, können Bußgelder verhängt werden. Um die Vollstreckung zu verbessern, soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden.

Es müssen diverse Gesetze und Verordnungen geändert werden, darunter das Arbeitnehmende-Entsendegesetz, um die EU-Vorgaben in deutsches Recht umzusetzen. In dieser Woche berieten wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur grenzüberschreitenden Durchsetzung des Entsenderechts abschließend in 2./3. Lesung.

4 Mehr Bio in der Außer-Haus-Verpflegung

Wir haben uns vorgenommen, den Bio-Anteil auf landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland auf 30 Prozent zu erhöhen. Damit das gelingt, müssen Angebot und Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln stärker gefördert werden. Ein wichtiger Hebel dafür sind die Orte der sogenannten Außer-Haus-Verpflegung (AHV) wie beispielsweise Kantinen, Mensen oder Restaurants, wo rund sechs Millionen Menschen in Deutschland täglich essen gehen.

Die AHV in Deutschland wird derzeit durch die EU-Öko-Verordnung geregelt. Die EU-Verordnung ermöglicht den Mitgliedstaaten aber auch, eigene nationale Regelungen zu erlassen. Derzeit arbeitet die Bundesregierung deshalb an einer Bio-Außer-Haus-Verpflegungsverordnung (Bio-AHV), um die Regelungen zu Kennzeichnung, Zertifizierung und Kontrolle von Bioprodukten in der AHV auf nationaler Ebene zu regeln. Damit die Bio-AHV erlassen werden kann, müssen das Öko-Landbaugesetz (ÖLG) und das Öko-Kennzeichengesetz (ÖkoKennzG) angepasst werden.

Deshalb beriet der Bundestag in dieser Woche die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Änderung des ÖLG und ÖkoKennzG in 2./3. Lesung. Dadurch können die Bundesländer auch künftig die Kontrollaufgabe von Bioprodukten an private Kontrollstellen übertragen. Des Weiteren werden Sanktionen für Verstöße gegen die Bio-AHV geregelt.

Neben der Reform von ÖLG und ÖkoKennzG berät der Bundestag in 1. Lesung unter diesem Tagesordnungspunkt auch einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Tierschutzgesetzes. Beim Erbrüten von Legehennen schlüpfen jedes Jahr in Deutschland auch rund 45 Millionen männliche Küken. In der Vergangenheit wurde die große Mehrheit davon direkt nach dem Schlüpfen getötet, da sie keine Eier legen und nicht als Masttiere verwendet werden können. Seit Januar 2022 ist das Töten von Küken in der Hühnerhaltung verboten. Brütereien in Deutschland müssen seitdem die männlichen Küken entweder lebend vermarkten oder eine Geschlechtsbestimmung im Brut-Ei durchführen, um die Bebrütung männlicher Hühnerembryonen abzubrechen. Dies war ursprünglich nur vor dem siebten von 21 Bebrütungstagen zulässig. Nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Schmerzempfinden von Hühnerembryonen kann diese Frist nunmehr verlängert werden: Künftig ist es erst ab dem 13. Bebrütungstag verboten, einen Eingriff an einem Hühnerei oder den Abbruch des Brutvorgangs vorzunehmen. Die vorgesehene Änderung tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Termine

Veranstaltungshinweise



GrimmSteig-Tage – Wanderevent

17. & 18. Juni – 23. - 25. Juni – 1. Juli | **GrimmSteig**

Auf zu den GrimmSteig-Tagen 2023!

Erkundet auf Schusters Rappen unser schönes Nordhessen: Vom 23. bis zum 25. Juni finden wieder die GrimmsteigTage statt, deren Schirmherr ich auch in diesem Jahr wieder bin.

Am 17. und 18. Juni finden zudem zwei geführte Auftaktwanderungen statt. Und am 1. Juli wird die geführte Abschlusswanderung angeboten.

Infos rund um alle Touren, Anmeldefristen, Startgeld und Co. gibt es hier: grimmsteig-tage.de

3. Schlossball Wilhelmshöhe

15. Juli | **Ballhaus Wilhelmshöhe – Kassel**

Tanz im Ballhaus

Im Takt der Musik über das Parkett des Ballhauses in Wilhelmshöhe. Zum bereits dritten Mal wird sich am 15. Juli das Ballhaus in Wilhelmshöhe mit Leben füllen und Tanzfreund*innen aus ganz Deutschland anlocken: Beim Schlossball Wilhelmshöhe. Als Ballbotschafter werde auch ich dabei sein und freue mich auf einen besonderen Abend.

PS: Noch gibt es Karten für den Tanzball » schlossball-kassel.de/kartenbestellung

Foto: Förderverein für Ball- und Tanzkultur in Kassel



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Fraktion vor Ort: Die Zukunft des ÖPNV (oben)

Es war eine angeregte Diskussion im Südflügel des Kasseler Kulturbahnhofs. Der Dreh und Angelpunkt des Abends: Der Öffentliche Nah- (und auch Fern)Verkehr – von einer Herkulesbahn bis hin zum Fernverkehrsnetz der Bahn.

Natürlich war auch das Deutschlandticket Thema - mit dem wir den Tarifdschungel deutlich gelichtet haben, den ÖPNV attraktiver gemacht und für mehr klimafreundliche Mobilität gesorgt haben. Steffen Müller (Geschäftsführer des NVV) ging auch auf die NVV-Stundengarantie „Jedes Dorf jede Stunde“ ein: Unter diesem Motto hat der NVV bereits 2019 damit begonnen, die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs besonders im ländlichen Raum deutlich zu verbessern.

zu Gast war u.a. meine Bundestagskollegin und verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dorothee Martin, die spannende, wichtige und aktuelle Infos aus dem Verkehrsausschuss mit im Gepäck hatte. Die weiteren Podiumsgäste waren Ulrich Seng (Regionalsprecher PRO BAHN | Regionalverband Nordhessen) und Stefan Schwinn (Leiter Regionalbereich Mitte der DB Station&Service AG).



Dialogtour der Bundestagsfraktion macht Station in Vellmar

lauer Himmel, Sonnenschein, Kaffee und viele gute Gespräche: Neulich machte der Dialogbus der SPD-Bundestagsfraktion Halt auf dem Wochenmarkt in Vellmar – und lud dazu ein, sich über aktuelle Themen und Co. auszutauschen: Vom Deutschlandticket, über das Heizungsgesetz bis hin zu regionalen Themen.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Unternehmensbesuch bei Rheinmetall

In Kassel gibt es Wehrtechnik-Industrie. Selbstverständlich spreche ich auch hier mit Geschäftsführung und Betriebsrat. Kürzlich war ich bei Rheinmetall zu Gast und habe den Betrieb besichtigt. Besonders beeindruckt haben mich die Aufarbeitung der alten Marder-Panzer für die Ukraine und eine Probefahrt mit einem Fuchs Transportpanzer. Ich weiß, dass die Wehrtechnik in Kassel umstritten ist. Als direktgewählter Bundestagsabgeordneter ist mir der Austausch und das Gespräch dennoch ein Anliegen.



Austausch rund um das Thema Energie (links)

Ende Mai war ich zum Gespräch bei GASCADE in Kassel. Dabei habe ich mich u.a. über den Anschluss an Flüssiggas-Terminals (LNG-Terminals) erkundigt.



Wärmewende im Gespräch

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima lud am 13. Juni 2023 zum sechsten Mal zu seinem Frühjahrsempfang ein. Dabei konnte ich mich auch mit vielen Handwerker*innen aus den Bereichen Sanitär, Heizung und Klima intensiv austauschen - u.a. über die Wärmewende.

Foto: ZVSHK

Unternehmensbesuch in Vockerode

Gemeinsam mit Karina Fissmann, MdL, besuchte ich die Firma Köhler Kalk in Vockerode – Werra-Meißner-Kreis. Neben Industriepolitik im ländlichen Raum waren natürlich auch die erneuerbaren Energien Thema.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Für ihren Einsatz geehrt

Knapp 40 Vertreter*innen des THWs aus Hessen sind unserer Einladung nach Berlin gefolgt. Zum Abendessen schaute auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorbei. Als Zeichen des Danks und der Anerkennung für Ihren Einsatz bei der Flutkatastrophe 2021 wurden auch die Kamerad*innen des THW Ortsverbands Kassel durch die Innenministerin mit einem Orden ausgezeichnet. Alle anderen Fluthelfer*innen bekommen die Ehrung im Laufe des Sommers.

(Fotos – Mitte: David Lowis)



Premiere! (links)

Zwei MdBs, ein Abgeordneten-Gespräch mit der Besuchendengruppe im Bundestag. Das THW macht es möglich. Jens Zimmermann und ich haben letzte Woche rund eine Stunde mit unseren THW-Gästen aus ganz Hessen über alle möglichen Themen diskutiert und ganz viele Fragen beantwortet.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Bezirkskonferenz der Jusos Nordhessen

Anfang Juni habe ich mich der Diskussion unserer nordhessischen Jusos auf ihrer Bezirkskonferenz gestellt. Wir haben einen tollen Jugendverband, der inhaltlich und personell sehr gut aufgestellt ist.



Glückwunsch an den neuen Vorsitzenden!

Die Kasseler SPD schließt die Reihen! Mit 93,5 Prozent ist Manfred Merz zum neuen UB-Vorsitzenden gewählt worden. Beide Flügel der Kasseler SPD unterstützen ihn. Der erste Schritt für ein neues Miteinander ist heute gegangen worden. Viele weitere werden folgen. Jetzt konzentrieren wir uns auf den Wahlkampf um die beiden Kasseler Wahlkreise bei der Landtagswahl am 8. Oktober!

Der Demokratieladen

In der Goethestraße 77 entsteht Raum für Vielfalt - mit dem neuen Demokratieladen der Initiative Offen für Vielfalt. Anfang Juni hatte ich die Chance den Laden als erster Besucher zu sehen.



Start in den Kultursommer

Am Pfingstsonntag fand das Eröffnungsfest „Aufgespielt!“ des Kultursommers Nordhessen statt – in der perfekten Location: Dem Schloss Wilhelmsthal.

Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels